

Stellungnahme der GRÜNEN Fraktion zum Haushaltplan 2018

(von Peter Dunkl, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Karl,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

Erfreulicherweise sind die Haushaltsberatungen für den vorliegenden Haushaltsplan wieder in konstruktiver Weise verlaufen. Dafür möchte ich allen daran Beteiligten und insbesondere unserer Kämmerin Frau Rother unseren Dank aussprechen.

Vorweg: Die Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN wird dem vorliegenden Haushaltsplan, sowie dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung für das Jahr 2018 zustimmen. Einige Anmerkungen seien mir aber erlaubt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich muss gestehen, dass ich für einen kurzen Moment in der Versuchung war, einfach Teile der Rede vom letzten Jahr heute zu wiederholen. Beim Durchlesen musste ich überrascht feststellen, wie aktuell vieles, was ich damals sagte, auch heute ist.
Ich weiß nicht, ob das gut oder schlecht ist. Ob das vielleicht ausdrückt, wie wenig im letzten Jahr passiert ist oder auch nur, wie viel Zeit Entwicklungen brauchen. Aber nachdenklich hat es mich auf jeden Fall gemacht.

Auch wenn Einiges sicher seine Zeit braucht - Heißt es doch „Gut Ding will Weile haben“, so gibt es doch **Beschlüsse** oder auch nur Anregungen aus dem Gemeinderat, die von der Verwaltung trotz deren Zusage einfach **nicht umgesetzt** werden.

Vielleicht ist das der Grund, warum kaum noch Anträge aus den Fraktionen kommen?
Als ein Beispiel für dieses grundsätzliches Problem möchte ich die immer noch fehlenden Bänke vor der Elsenzhalle nennen. Mir ist nicht bekannt, dass es wegen der dort einmal im Jahr stattfindenden Kerwe, einen Beschluss des Gemeinderats gibt, dort auch für den Rest des Jahres keine Bänke mehr aufzustellen. Dennoch fehlen die Bänke dort seit Jahren.
Müssen wir befürchten, dass wir auf das Wiederaufstellen der Fahrradständer vor dem Rathaus auch so lange warten müssen?

Ganz ähnlich verhält es sich häufig bei der **Beschaffung** durch die Gemeinde.
Nehmen wir als Beispiel die Anschaffung eines Dieselfahrzeugs für den Bauhof. In der Sachdarstellung der Verwaltungsvorlage findet sich dort kein Wort über den CO₂-Ausstoß oder überhaupt zu Emissionen im Lebenszyklus des Fahrzeugs. Ich bin persönlich zwar skeptisch, was den derzeitigen Hype in Punkto Elektroauto angeht, weil hiermit nur das alte und meines Erachtens nicht zukunftsverträgliche Konzept des Individualverkehrs verlängert wird. Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wo andernorts wegen der Feinstaubbelastung von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge gesprochen wird, für unseren Bauhof, wo hauptsächlich

Kurzstrecken anfallen, noch nicht einmal zu begründen, warum man sich nicht für ein E-Fahrzeug entschieden hat, wie sie Heidelberg selbstverständlich sind, das ist schon dreist. Oder ist es nur immer noch fehlendes Bewusstsein für den Ernst der Lage?

Wir GRÜNE werden uns deshalb in der nächsten Zeit verstärkt mit dem Thema Bewertungschecklisten bei der kommunalen Beschaffung beschäftigen und dies dann in den Gemeinderat einbringen. Ob ein in unserem Sinne positiver Beschluss dann wirklich zu verändertem Handeln führt, das ist eine ganz andere Frage. Der Beschluss, für die Massen an bedrucktem Papier, das im Rathaus anfällt, Recyclingpapier zu verwenden, dieser Beschluss ist sicher schon 10 Jahre alt - und wie oft wurde er in diesen 10 Jahren auch umgesetzt?

Für die **Energetische Sanierung des Schulzentrums** wurden schon im Haushalt 2016 400.000 € eingestellt. Sichtbares Ergebnis ist bisher aber nur die elektronische Anzeigetafel in der Elsenzhalle. Auch wir wissen, warum es da bisher nicht wirklich voran ging und wir haben es deshalb sehr begrüßt, dass mit der AVR im vergangenen Jahr endlich ein kompetentes Unternehmen mit der Aufgabe betraut wurde. Die AVR wird dem Gemeinderat in seiner Februarsitzung ein ausführliches Sanierungskonzept vorstellen, in dem der Sanierungsbedarf dargestellt und Entscheidungsalternativen aufgezeigt werden. Der Gemeinderat muss dann eigentlich nur noch entscheiden, wie schnell und welche der vorgeschlagenen Varianten zur Wärmebereitstellung umgesetzt werden sollen. Im aktuell aufgelegten Förderprogramm für Schulsanierungen werden 33% der Investitionskosten auch für energetische Verbesserungen erstattet. Die Kosten für die von der AVR vorgeschlagenen Maßnahmen bei der Wärmeerzeugung belaufen sich auf ca. 280.000 €. Mit diesem Betrag, der ja unter den in 2016 beschlossenen 400.000 € bleibt, haben wir allerdings noch nichts getan um auch den Wärmebedarf zu reduzieren - etwa durch geeignete Gebäudedämmung. Hier bleibt noch erheblicher Handlungsbedarf für uns.

Es wäre sträflich dabei noch weitere Zeit zu vergeuden. Wir Grünen teilen nicht die Meinung der „Sondierer“ in Berlin, dass die Klimaziele für 2020 aufgegeben werden sollten, sondern erwarten, dass die Gemeinde Bammental diesem Thema die hohe Priorität beimisst, die es verdient. Für unsere Kinder und Enkel ist eine zukunftsfähige Klimapolitik vor Ort eine mindestens genauso wichtige Investition in die Zukunft, wie eine gute Schulausstattung.

Wir freuen uns, dass das Angebot der Süwag, Bammental zu relativ günstigen Bedingungen ein E-Mobil zur Verfügung zu stellen, vom Gemeinderat angenommen wurde. Dieses E-Mobil wird während der Dienstzeiten dem Rathaus zur Verfügung stehen und kann außerhalb der Dienstzeiten auch von Privatleuten angemietet werden kann. Vielleicht könnte das ein Schritt in Richtung „Car-Sharing light“ werden. In diesem Zusammenhang wird auch eine Stromzapfsäule im Rathaushof installiert werden. Über deren Nutzung müssen wir uns wohl noch verständigen.

Wir haben im vorliegenden Haushaltsplan einen höheren Betrag für den **Gemeindeverwaltungsverband** eingestellt. Für den GVV soll eine neue Satzung erarbeitet

werden, die dann mehr interkommunale Zusammenarbeit ermöglichen soll.

Grundsätzlich stehen wir als Grüne dem positiv gegenüber.

Ob aber alle bisherigen Ideen realistisch oder auch wünschenswert sind, muss sich noch herausstellen. Die Frage, wie ein gemeinsamer Bauhof funktionieren könnte oder in fernerer Zukunft vielleicht sogar eine überörtliche Feuerwehr und ob dies nicht auch zu negativen Folgen führen könnte, wird sicher noch viele Diskussionen bringen.

Erste Erfahrungen - und ich hoffe wirklich, dass es positive Erfahrungen sein werden - lassen sich ja schon in Kürze machen. Sowohl die Stellen des oder der gemeinsamen Integrationsmanager, als auch der Klimaschutzbeauftragten, sind derzeit bei der Stadt Neckargemünd angesiedelt. Wir sollten zeitnah erfahren, welche Anforderungen bzw. Aufgaben Integrationsmanager, sowie Klimaschutzbeauftragte für Bammental zu leisten haben. Denn auch wenn Frau Lang jetzt beim GVV angesiedelt ist, beträgt unser Kostenanteil noch 25.000 €. Können wir noch darauf hoffen, dass wir die Roadmap für die energetischen Maßnahmen bei unseren kommunalen Liegenschaften von Frau Lang irgendwann bekommen?

Beim Thema Gemeindevollzugsdienst könnten wir durch interkommunale Zusammenarbeit endlich einen Schritt weiter kommen. Ohne dem Beispiel einiger Nachbargemeinden folgen zu müssen, wofür es in diesem Gremium ja keine Mehrheit gab, können wir jetzt beim GVV oder Stadt Neckargemünd einen **Gemeindevollzugsdienst** für 35 € die Stunde buchen, wenn wir gegen fußgängerbehindernde Falschparkerei vorgehen wollen. Ich denke, wir sollten da mal zugreifen.

Hochwasserschutz

Angesichts der zunehmenden Starkregenereignisse werden wir uns noch einiges einfallen lassen müssen. Im vorliegenden Plan sind für die mögliche Renaturierung des Weihwiesenbachs schon mal 150.000 € der insgesamt veranschlagten 1,350 Mill. € eingeplant. Wir sind gespannt auf die Untersuchungsergebnisse und die daraus abgeleiteten Vorschläge, ob und vor allem wie die Renaturierung des **Weihwiesenbachs** ein wirksames Mittel gegen die fast schon regelmäßig auftretende Überflutung in der Oberdorfstraße sein könnte.

Erhalt der Infrastruktur

3.756.000 € sind im vorliegenden Haushaltsplan für Baumaßnahmen insbesondere im Straßen- und Abwasserbereich vorgesehen. Rechnet man die 700.000 € Ausgabereise aus dem vergangenen Jahr hinzu, sind das fast 4,5 Mill. €.

Das ist jetzt ein wirklich großer Batzen Geld, den wir in unsere Infrastruktur investieren.

Allerdings ist die Summe nicht zuletzt deshalb so hoch, weil wir die Sanierung des Dammwegs aus guten Gründen auf 2018 verschoben haben.

Auch für die Sanierung der Oberdorfstraße waren schon im vergangenen Haushalt 180.000 € eingeplant. Jetzt muss es endlich an die Umsetzung gehen.

Der Haushaltsplan 2018 enthält keine Neuverschuldung, aber eine sehr geringe Zuführung zum Vermögenshaushalt und anders als im letzten Jahr, diesmal knapp 2,8 Mill. € Entnahme

aus der Rücklage. Man kann das kritisch sehen. Die Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN trägt diese Entscheidung ausdrücklich mit. Ich hatte in meiner Haushaltsrede im vergangenen Jahr bereits bekannt, dass wir nicht von der so genannten „schwarzen Null“ besessen sind. Wir sehen in Rücklagenentnahme derzeit die beste Verzinsung, wenn das Geld in Werterhaltung von Infrastruktur, Anlagen und Energiesparen geht. Für uns Grüne dürfen Investitionen durchaus auch mit Kreditaufnahmen verbunden sein, wenn sie zum Nutzen zukünftiger Generationen sind. Und deshalb schreckt es uns auch nicht, dass ab 2019 Kreditaufnahmen angedacht sind.

Wohnraumschaffung brennt uns allen auf den Nägeln. Aber ich fürchte, dass unsere Gedanken hier in verschiedene Richtungen gehen. Ob wir den Weg „privilegierter“ Bauvorhaben in Bammental nutzen wollen oder Fördermittel für ein soziales Wohnungsbauprogramm, wird vermutlich bald und hart diskutiert werden.

Bekanntermaßen hat für uns GRÜNE die Nachverdichtung im Ort jetzt eindeutigen Vorrang vor weiterem Flächenverbrauch.

- Es gibt vielerlei Beispiele dafür, wie durch den Neubau auf gleich gebliebener Grundfläche mehr Menschen mit sogar mehr Wohnfläche untergebracht werden können.
- Wünschenswert wäre auch die Erfassung von bestehenden oder in absehbarer Zeit zu erwartenden Leerständen.
- Viele ältere Menschen wohnen heute in Häusern, die einmal von viel mehr Personen bewohnt waren und in denen viele Zimmer leer stehen. Der Umzug in kleinere Wohneinheiten wäre sicher sinnvoll, ist aber aus vielerlei Gründen ein kaum begangener Weg.
- Welche Unterstützung könnte die Gemeinde bei den genannten Punkten leisten?
- Aus allen Fraktionen und auch bei der Bürgerbefragung kam die Aussage, dass es in Bammental an bezahlbaren Mietwohnungen mangelt. Wir wissen, dass es vom Land Fördermittel für Wohnungsbauprogramme gibt, auch für Kommunen. Wir sollten hier in eine offene Diskussion einsteigen - ohne gleich von Sozialismus zu reden.
- Ich hatte in meiner Rede vor einem Jahr den Wunsch geäußert, die berühmte „Gaubenverordnung“ zu überdenken und zeitnah alle bestehenden Bebauungspläne daraufhin zu durchforsten, wie Wohnraumschaffung im Bestand vereinfacht werden kann. Wenn ich die Diskussion in der letzten Gemeinderatssitzung richtig deute, sehen das Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen inzwischen ähnlich.

Einem sogenannten „privilegierten“ Bebauungsplan wird unsere Fraktion nur zustimmen, wenn nicht nur die leicht zu veräußernden Grundstücke für Einfamilienhäuser ausgewiesen werden, sondern auch oder besser ausschließlich die Schaffung von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern oder Mietshäusern auf der Agenda steht. Die GRÜNEN wollen, dass Wohnungen entstehen, die auch für solche Menschen erschwinglich sind, die sich kein Häuschen im schönen - noch grünen - Bammental leisten können.

Dies ist ein Thema für den **Gemeindeentwicklungsplan** Bammental 2030, der nach 9-jährigem Drängen der GRÜNEN Ende 2016 endlich auf den Weg gebracht wurde. Leider

hinken wir hier, wie bei vielen anderen Projekten, bereits dem Zeitplan hinterher. Ein wesentlicher Grund dafür ist sicher die von uns allen gewünschte Bürgerbeteiligung. Ich muss gestehen, dass ich mir hier eine deutlich höhere Beteiligung vorgestellt hatte. Damit uns bei den aufkommenden Projekten nicht weiterhin eine Orientierungsrichtlinie fehlt, die wir gemeinsam verfolgen können, bitten wir die Verwaltung, neben all den Bauprojekten, die Erstellung dieses Entwicklungsplans mit hoher Priorität konsequent weiterzuverfolgen. Und wir hoffen, dass wir noch vor den Sommerferien den Gemeindeentwicklungsplan beschließen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ich das verbreitete Klischee von den GRÜNEN als „Nörglerpartei“ nicht bestärke, möchte ich zum Ende meines Vortrags unbedingt **Positives** hervorheben.

- Wir freuen uns, dass für die dringliche Sanierung von Außenfassade und Fenstern des Heimatmuseums jetzt endlich Geld eingestellt wurde.

- Natürlich begrüßen wir als GRÜNE, dass für die Anschaffung zweier Dienst-Pedelecs 5.000 € eingeplant sind.

- Wir waren positiv überrascht, dass unsere beiden Anträge, die Prävention zum Ziel haben, ohne Gegenrede angenommen wurden und sich im Unterabschnitt 2910 unter der Überschrift „Betreuungsangebote an Schulen“ mit 15.000 € niederschlagen.

Zwar kommen davon die 5.000 € für Sprachförderung von Emigrantenkinder vor dem Schuleintritt aus der Personenpauschale für zugewiesene Flüchtlinge, d.h. dieser Beschluss ist eigentlich kostenneutral.

Der zweite Antrag aber bedeutet eine deutliche Erhöhung der Zuschüsse für die Betreuung durch Päd-Aktiv auf 10.000 €. Und das ist angesichts der steigenden Zahl von Kindern mit Unterstützungsbedarf unbedingt sinnvoll.

- Und überhaupt betragen die Zuschüsse der Gemeinde zu Einrichtungen für Jugendliche und Kinder in der Summe über 1 Million €. Darin sind die Kosten nicht enthalten, die für den Neubau der Kindertagesstätte von der Gemeinde aufgebracht werden müssen.

Auf eine solche Schwerpunktsetzung können wir stolz sein.

- Wir halten die **Beteiligung** von Kindern und Jugendlichen im vergangenen Jahr bei der Neugestaltung des Spielplatzes am Dammweg und beim Gemeindeentwicklungsplan für gelungene Beispiele, die wir konsequent weiter verfolgen sollten.

Ein ganz wesentliches Ergebnis der Schülerbefragung war, dass Raumknappheit und Enge beklagt wurde. Was machen wir damit?

Zusammen mit der Erkenntnis, dass wir in Bammental steigende Kinderzahlen haben und deshalb wohl mindestens zwei Jahre hintereinander einen dreizügigen Jahrgang einschulen werden, stehen wir schon wieder vor der Schulraumproblematik.

Gibt es hier schon Ideen seitens der Verwaltung?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich hoffe, dass ich auch dieses Jahr die verabredeten 10 Minuten nicht nennenswert

überschritten habe. Falls doch, so möchte ich Sie daran erinnern, dass ich aus den letzten beiden Jahren noch ein paar Minuten gut hatte.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.